Stand: 09.09.2026 20:57:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5946

"Dauerhafte Finanzierung des Gesundheitswesens sicherstellen - Krankenhäuser stärken, statt Kriegsszenarien zu entwerfen."

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5946 vom 25.03.2025
2. Mitteilung 19/6738 vom 20.05.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 25.03.2025 **Drucksache** 19/**5946**

Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Dauerhafte Finanzierung des Gesundheitswesens sicherstellen – Krankenhäuser stärken, statt Kriegsszenarien zu entwerfen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Maßnahmen zu ergreifen, um eine umfassende Reform des Krankenhauswesens durch die Krankenversicherung zu initiieren. Ziel dieser Reform ist es, die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser zu überwinden und die medizinische Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen zu verbessern.

Begründung:

Ein funktionierendes Gesundheitssystem ist die Grundlage einer stabilen Gesellschaft. Während die Staatsregierung über Kriegsszenarien und die Militarisierung des Gesundheitssystems diskutiert, stehen viele Krankenhäuser vor dem finanziellen Kollaps. Bereits im Jahr 2023 verzeichneten 89 Prozent der Krankenhäuser ein Defizit, was die Existenz vieler Einrichtungen bedroht. Besonders betroffen sind Kliniken im ländlichen Raum, die für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung unerlässlich sind. Diese Situation ist das Ergebnis einer jahrelangen chronischen Unterfinanzierung. Einmalige Finanzspritzen oder neue Schulden sind keine nachhaltige Lösung. Erforderlich ist eine grundlegende Reform, die auf einer stabilen und gerechten Finanzierung der Krankenversicherung basiert.

Alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, müssen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung haben. Es darf nicht sein, dass öffentliche Gelder in Rüstungsprojekte fließen, während unsere Krankenhäuser ums Überleben kämpfen. Eine solide Gesundheitsversorgung muss oberste Priorität haben.

Die Staatsregierung scheint sich mehr für eine militärische Nutzung von Krankenhäusern zu interessieren als für deren tatsächlichen Erhalt. Anstatt das Gesundheitssystem auf den Krieg auszurichten, sollten die bestehenden Probleme höchste Priorität haben. Dazu gehören die Verhinderung von Krankenhausschließungen, die Sicherstellung einer flächendeckenden Notfallversorgung, die Vermeidung langer Wartezeiten und die Überlastung der Kliniken sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen im Gesundheitssektor. Während in Bayern über militärische Szenarien diskutiert wird, fehlt vielen Kliniken bereits das Geld für grundlegende medizinische Ausstattung und ausreichend Personal. Die Menschen in Bayern brauchen eine verlässliche medizinische Versorgung, nicht Krankenhäuser, die auf Kriegsmedizin vorbereitet werden sollen.

Anstatt die notwendigen Reformen anzugehen, stellt die Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention Judith Gerlach nun Forderungen, die das Gesundheitssystem auf einen möglichen Kriegsfall vorbereiten sollen. Sie spricht von einer „militärischen Bedrohung Europas“ und fordert einen „Zivilen Operationsplan Deutschland“, um

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Krankenhäuser auf kriegerische Angriffe auszurichten. Diese Prioritätensetzung ist fehlgeleitet – Bayern braucht eine stabile medizinische Versorgung für seine Bürger und nicht Krankenhäuser, die primär auf militärische Einsätze vorbereitet werden.

Zudem ist der Katastrophenschutz die Aufgabe des Bundes. Die Staatsregierung versucht, die Probleme des Gesundheitssystems mit militärischer Rhetorik zu überdecken. Doch für den Katastrophenschutz ist primär der Bund zuständig, nicht Bayern. Statt sich in sicherheitspolitischen Debatten zu verlieren, sollte die Staatsregierung ihre eigentliche Verantwortung wahrnehmen und eine solide Finanzierung der Krankenhäuser in Bayern sicherstellen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 20.05.2025 **Drucksache** 19/**6738**

Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)

Drs. 19/**5946**

Dauerhafte Finanzierung des Gesundheitswesens sicherstellen – Krankenhäuser stärken, statt Kriegsszenarien zu entwerfen.

Der Antrag mit der Drucksachennummer 19/5946 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.